

Gesellschaftlicher Zusammenhalt Zeichen für Solidarität und Miteinander setzen



Liebe Leserinnen
und Leser,

mit der Initiative 2018-20
zum „Gesellschaftlichen
Zusammenhalt“ setzt der
Caritasverband bundes-

weit ein deutliches Zeichen für ein
respektvolles Miteinander. Es geht dabei
vor allem um Bereiche, die grundlegend
für die Teilhabe in unserer Gesellschaft
sind: Bildung und Arbeitsmarkt,
sozialer Ausgleich und freiwilliges
Engagement, Wohnen und Zuwanderung.

Der Hintergrund für diese neue Initiative
ist, dass an vielen Stellen der gesellschaftliche
Zusammenhalt bröckelt. Insbesondere
Fragen im Zusammenhang mit der
Flüchtlingspolitik und im Umgang mit
Langzeitarbeitslosigkeit sowie Armut
beschäftigen viele Men-

schen. Unsere Positionen sind deutlich:
Wir treten für eine an humanitären
Maßstäben orientierte Migrationspolitik
und eine Integrationskultur ein. Und
Armut in Deutschland beginnt nicht erst,
wenn Menschen nichts zu essen haben
oder obdachlos sind. Armut ist viel
komplexer, als viele auf den ersten
Blick meinen: Armut geht einher mit
sozialer Ausgrenzung. Die Vorurteilsforschung
hat deutlich herausgearbeitet, wie sehr
beispielsweise Langzeitarbeitslose mit
den Vorurteilen und der Stigmatisierung
durch unsere Gesellschaft zu kämpfen
haben. Dabei werten Höherverdienende
Langzeitarbeitslose sogar noch deutlich
mehr ab als Befragte in niedrigeren
Einkommensgruppen dies tun.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat
in ihrer ersten Regierungserklärung

im April 2018 ausgeführt: Die Debatte
über den richtigen Weg in der Flüchtlingsfrage
habe Deutschland „gespalten“, die
Diskussion sei „polarisiert“, die
Gesellschaft „rauer“ geworden. Wir
sind nach wie vor überzeugt, dass die
Herausforderungen gemeinsam bewältigt
werden können. Dazu leisten die Kirche
und ihre Caritas vielfältige Beiträge
für Solidarität und Miteinander und
stärken in sozialen Projekten und
Initiativen den Zusammenhalt in
unserer Gesellschaft – oft unterstützt
durch engagierte Ehrenamtliche. Diese
Ausgabe von Caritas Concret stellt
aktuelle Beispiele aus dem Bistum Trier vor.

Birgit Kugel

Dr. Birgit Kugel
Diözesan-Caritasdirektorin

„Integration“

Vom Willkommen zur Integration:
Was fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Menschen in Kontakt und Dialog zu bringen und ihnen soziale Teilhabe zu ermöglichen: Das ist das Ziel des gemeinsam von Bistum und Caritas getragenen „willkommens-netz.de“. Es fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Sie heißen Café Willkommen, Offener Begegnungstreff, Café International, Café Grenzenlos, Treffpunkt der Kulturen ... Die Namen sind vielfältig, doch alle haben das Ziel, Orte der Begegnung und des Dialoges für Einheimische und Geflüchtete zu schaffen. Hier gibt es Raum für Austausch sowie Sprach- und Bildungsangebote.

Info

Das personale Angebot ist das Herzstück des Netzwerkes, das in allen 33 Dekanaten des Bistums Ansprechpartner hat: Dies sind die „Tandems“ mit je einem Mitarbeiter von Caritas und Seelsorge. Sie haben 2017 mit über 1 800 Ehrenamtlichen zusammengearbeitet. Darüber hinaus wurden bereits im Jahr 2016 11 halbe Stellen für Ehrenamtskoordination, 10 Stellen für Flüchtlings- und Verfahrensberatung und 2 halbe Stellen für Trauma-Arbeit mit Flüchtlingen geschaffen.



Die Begegnungscafés sind wichtige Knotenpunkte im „willkommensnetz.de“. Helferkreise kommen dort zusammen, es gibt niedrigschwellige Sprachkurse, Koch- und Spieletreffs, Nähkurse und Frauenfrühstücksangebote. Die Bildungsangebote sind an den Bedarfen der Besucher ausgerichtet und wollen auch in den sozialen Raum hineinwirken: So gibt es beispielsweise Angebote gegen rechte Stimmungen in der Gesellschaft oder positive Plädoyers für eine interkulturelle Öffnung.

Die Ansprechpartner im „willkommens-netz.de“ begleiten diese Treffpunkte, beraten und unterstützen Ehrenamtliche dort, wo diese an Grenzen stoßen. Sie stehen ebenso den Geflüchteten zur Seite. Schließlich sorgen sie dafür, dass positive Beispiele für eine gelingende Integrationskultur in die Öffentlichkeit gelangen und Ehrenamtliche Anerkennung für ihren Einsatz erhalten.

Das „willkommens-netz.de“ agiert sozialräumlich. Es möchte die Menschen und Organisationen vor Ort einbeziehen und soziale Teilhabe, zum Beispiel durch den Aufbau von Beziehungen oder durch die Vermittlung von Patenschaften, ermöglichen. Auch die Erweiterung von Kompetenzen gehört dazu: Bei den Geflüchteten geschieht dies durch niedrigschwellige Sprachkurse, bei den Ehrenamtlichen durch Schulungs-Angebote, unter anderem zum Integrationslotsen oder Ausbildungspaten.

In einem nächsten Schritt will das „willkommens-netz.de“ Flüchtlinge so unterstützen, dass sie aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft mitwirken und ihre Interessen eigenständig einbringen können.



Familiennachzug

Ein breites Bündnis, darunter das Dekanat Trier und der Caritasverband Trier, haben am 18. Mai mit einer Demo in Trier deutlich Flagge für eine humane Regelung des Familiennachzuges für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutzstatus gezeigt. Unter anderem verdeutlichte Weihbischof Franz Josef Gebert die Haltung von Kirche und Caritas.



Statement Weihbischof Gebert

„Wir reden viel über die Luftverschmutzung, aber es gibt auch eine soziale Klimaverschlechterung. Sie wird geschürt von Menschen, die Hass verbreiten.“

Umso stärker müssen wir in unserer Gesellschaft gemeinsam agieren, und die Kirche und ihre Caritas werden dies auch weiterhin tun. Bei der Frage

des Familiennachzuges ist unsere Position unumstößlich: Ehe und Familie brauchen unseren Schutz.

Dabei kann es nicht zwei Sorten von Familie geben: die eine, die von allen politischen Strömungen gefördert werden soll und eine andere, die kontingentierte wird.“

stiftet seit 35 Jahren Solidarität

Vor 35 Jahren gründete der damalige Bischof Dr. Hermann-Josef Spital mit der „Aktion Arbeit im Bistum Trier“ eine Initiative, um Solidarität mit arbeitslosen Menschen zu zeigen. Damals hatte die Arbeitslosenzahl erstmals die Zwei-Millionen-Grenze überschritten, und man sprach vom Skandal der Massenarbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosenzahl liegt heute immer noch weit über zwei Millionen Menschen, aber kaum jemand spricht davon. Trotz guter Konjunkturlage sind zahlreiche Menschen schon lange ohne Beschäftigung. Von der aktuell guten Arbeitsmarktlage profitieren viele Menschen; zu viele sind aber dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen.

Gerade Langzeitarbeitslose brauchen unsere Solidarität. Langzeitarbeitslos zu sein bedeutet nämlich nicht nur, ein Jahr oder länger ohne Arbeit zu sein. Langzeitarbeitslos zu sein, bedeutet auch Kinderarmut, Hoffnungslosigkeit, Resignation, Armut im Alter und gesellschaftliche Stigmatisierung...

Langzeitarbeitslosigkeit muss daher bekämpft und vermieden werden. Eines der Grundanliegen der Aktion Arbeit ist die politische Interessenvertretung für die Betroffenen. Das Konzept der Aktion Arbeit „Integrierter Arbeitsmarkt – Ein Weg zur Auflösung der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit“ zeigt einen gangbaren Weg auf, der allen Beteiligten gerecht wird und zudem volkswirtschaftlich gesehen zu großen Einspareffekten führt.

Ein weiteres wichtiges Anliegen der Aktion Arbeit ist es, Menschen beim Einstieg bzw. Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit zu helfen. Das tut sie mit Mitteln aus einem Solidaritätsfonds, der sich seit der Gründung der Aktion Arbeit aus Spenden speist und aus dem Projekte bei Beschäftigungsträgern gefördert werden: Hier wird konkret die Solidarität mit den von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossenen Menschen sichtbar.



THEMA

Sozialer Arbeitsmarkt

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, einen sozialen Arbeitsmarkt zu schaffen. Bis zum Sommer will Arbeitsminister Hubertus Heil dafür einen Gesetzentwurf vorlegen. Die Aktion Arbeit und der Diözesan-Caritasverband begrüßen das Vorhaben, weisen jedoch darauf hin, dass noch zahlreiche Detailfragen im neuen Gesetz im Sinne der Langzeitarbeitslosen geklärt werden müssen.

Pressemitteilung des Bistums vom 13. Februar 2018

„Der Koalitionsvertrag enthält zukunftsweisende Elemente, die in der momentanen Diskussion kaum oder gar nicht wahrgenommen werden.“ Das hat der Trierer Bischof Dr. Stephan Ackermann am 13. Februar mit Blick auf den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD gesagt. Dazu gehöre für ihn etwa das Kapitel Arbeitsmarktpolitik und hier besonders der Blick auf die Menschen, die über lange Zeit arbeitslos sind. „Dass allen Arbeitgebern, die einen Langzeitarbeitslosen einstellen, ein Lohnkostenzuschuss gewährt wird, ist ein echter Durchbruch, der vielen Betroffenen zugute kommen wird. Von Seiten der Kirchen haben wir diesen Vorschlag schon seit Jahren gemacht und unterstützt. Zusammen mit den Engagierten unserer ‚Aktion Arbeit‘ bin ich froh, dass der Koalitionsvertrag diesen Ansatz nun verwirklichen will“, erklärte Ackermann.



Statement Prof. Dr. Uwe Becker

Zeitreise zum Wert der Arbeit

Der Caritasverband, die Aktion Arbeit, der Katholikenrat und der Themenschwerpunkt Arbeit der Katholischen Erwachsenenbildung (KEB) leisteten mit der Veranstaltung „LebensWertArbeit“ am 8. Juni im Museum am Dom einen Beitrag zum Karl-Marx-Jahr. Redner war Professor Dr.

Uwe Becker (Evangelische Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe, Bochum). Er nahm die Zuhörer nach einem Rundgang durch die Ausstellung im Museum mit auf eine spannende „Zeitreise zum Wert der Arbeit“.

Am Endpunkt der Reise durch Geschichte und Ideologien fiel die Bilanz Beckers kritisch aus: „Die Sichtweise von Karl Marx auf die Arbeit hat eine

lebendige und erschreckende Aktualität“.

Seine These belegte Becker mit den Beispielen der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit und des wachsenden Niedriglohnssektors. Global betrachtet, sind die ökologische Ressourcenausbeutung, ungerechte Lohnverhältnisse und Kinderarbeit aufrüttelnde Beispiele.

Bildung



Paten bauen Brücken

Für einen jungen Menschen stellt der Übergang zur weiterführenden Schule, in die Ausbildung oder den Beruf eine besondere Herausforderung dar, die es zu meistern gilt. Leider verfügen nicht alle Familien über die notwendigen sozialen, fachlichen und personalen Ressourcen, die es braucht, damit ihre Kinder diese Schwellen mit Zuversicht überschreiten können. Krisen sind vorprogrammiert, denn auch den Schulen gelingt es nicht immer, herkunftsbedingte Benachteiligungen auszugleichen, wenn Unterstützung aus dem persönlichen Umfeld fehlt.

Seit 2008 betreibt der Caritasverband Westeifel e.V. daher mit den „Schul- und Ausbildungspatenschaften im Landkreis Vulkaneifel“ ein Projekt, das sich für Chancengleichheit und Integration von Schülern und Auszubildenden einsetzt. In Kooperation mit mittlerweile 88 Prozent aller Schulen im Landkreis wird benachteiligten Schülern ein- bis zweimal pro Woche ein ehrenamtlicher Schul- und Ausbildungspate zur Seite gestellt.

Aktuell erhalten 77 Kinder und Jugendliche in Landkreis zusätzliche individuelle Förderung durch 53 aktive ehrenamtliche Paten. Alle Paten werden vor Beginn ihrer Tätigkeit modular geschult, damit sie ihre persönlichen Netzwerke zur Verfügung stellen und ihre Schützlinge gezielt fördern können. Sie unterstützen bei schulischen Aufgaben oder beim Erwerb der deutschen Sprache, geben Hilfestellung rund um die berufliche Orientierung oder vermitteln bei Schwierigkeiten in der Ausbildung.

Patenschülerin Angelika Sartison (2. von rechts), Patin Michaela Sieding (3. von rechts) sind ein gutes Team zusammen mit Andreas Rötering und Melanie Schermann vom Caritasverband Westeifel.

Praktisch sind sie Brücken zwischen den Generationen. Die kognitive, emotionale und soziale Entwicklung sogenannter benachteiligter Schüler zu eigenverantwortlichen und akzeptierten Persönlichkeiten wird durch Patenschaften, die häufig mehrere Jahre überdauern, zukunftsbildend begleitet. Aber es ist auch ein Geben und Nehmen, denn die Paten erfahren ebenso Wertschätzung und Anerkennung ihrer sinnstiftenden und integrationsfördernden Tätigkeit. So gelingt es gemeinsam, einen gesellschaftlichen Mehrwert zu erzielen und Kinder und Jugendliche aus der Region dauerhaft zu unterstützen.

Statement Melanie Schermann, Caritasverband Westeifel

Bildung braucht Investitionen

Armut gilt als zentraler Risikofaktor für Entwicklungschancen junger Menschen, denn andauernde Armutserfahrungen von Kindern und Jugendlichen wirken sich negativ auf Bildungs- und Teilhabechancen aus. Um dem entgegenzuwirken, wären stärkere Investitionen in die Bildung dringend erforderlich. Die fehlende Förderung durch das Elternhaus sollte kompensiert werden.

In einer schriftlichen Erhebung haben wir den weiteren Bedarf an ehrenamtlichen Paten ermittelt. Das Ergebnis war überwältigend und macht sehr nachdenklich: An den Grund-, Realschulen, Förderschulen und der Berufsbildenden Schule im Landkreis haben weitere 260 Schüler zusätzlichen Unterstützungsbedarf durch einen Paten! Ein eindeutiger Hinweis darauf, dass es den Schulen nicht gelingt, herkunftsbedingte Benachteiligungen auszugleichen.

Dieses Problem ist in der Gesellschaft viel zu wenig bekannt. Bildungsinvestitionen in die eigenen Kinder ja, aber wenn es um Kinder von Hartz-IV-Empfängern geht, ist die Reaktion oft verhaltener. Hier ist Öffentlichkeitsarbeit gefordert.